

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2025
Grünliberale Partei Schweiz

Forderungspapier

Fit for Future – die GLP-Demografie-Strategie

Die Schweiz wächst, altert und verändert sich. Statt Angst vor der Zukunft zu schüren, antizipieren wir die Auswirkungen des demografischen Wandels und schaffen eine gute Ausgangslage für die kommenden Generationen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die innovativ und solidarisch agiert und nachhaltig handelt – unabhängig davon, wie viele wir sind.

Eine Schweiz mit 10,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern? Willkommen im Jahr 2055! Dies zumindest prognostiziert der Bund. Es können auch 1,2 Millionen mehr oder weniger sein. Klar ist, die Schweiz wird älter sein, der Anteil an der Bevölkerung, der in Lohn und Brot steht, laufend geringer. Bis 2050 dürfte sich die Gruppe der über 80-Jährigen fast verdoppeln. Schon fünf Jahre später müssen 100 Arbeitstätige die AHV von 45 Rentnerinnen und Rentnern finanzieren, im Jahr 1995 waren es noch 24.

Die Industrieländer stehen vor dem realen Risiko eines Bevölkerungskollaps. Auch die Schweiz bleibt davon nicht verschont. Ohne Zuwanderung wird die Schweiz bis 2055 fast 800'000 Einwohner:innen verlieren. Wir werden einen starken Mangel an Pflegepersonal in unseren Altersheimen und Spitälern sowie an Erwerbstätigen zur Finanzierung unseres Rentensystems haben. Die Schweiz und andere wohlhabende Länder werden sich die Fachkräfte gegenseitig abjagen.

Wir fordern Massnahmen in folgenden zentralen Handlungsfeldern:

1. **Das Fundament: Innovative, wettbewerbsfähige Wirtschaft**

Die beste Strategie, um den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen, ist eine starke, wettbewerbsfähige und international vernetzte Wirtschaft. Nur wenn die Schweiz ihre Innovationskraft und ihre unternehmerische Dynamik stärkt, können wir unseren Wohlstand nachhaltig sichern. Eine leistungs- und widerstandsfähige Wirtschaft schafft nicht nur die nötigen Ressourcen für eine generationengerechte Altersvorsorge und ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem. Sie schafft auch zukunftssträchtige und sinnstiftende Arbeitsplätze und ermöglicht Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Forschung, die den demografischen Wandel abfedern können.

Die GLP fordert deshalb:

- **Marktverzerrende Subventionen abschaffen:** Durch Wettbewerb bleibt unsere Wirtschaft stark. Kartelle müssen konsequent verhindert und marktverzerrende Subventionen abgebaut werden.
- **Chancen der Digitalisierung und KI nutzen:** Um die Chancen konsequent zu nutzen, müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Investitionen in innovative und international wettbewerbsfähige Tätigkeitsbereiche begünstigen. Dies bedeutet auch,

dass wir rasch die E-ID einführen, die digitale Verwaltung ausbauen und vertrauenswürdige KI dank Schweizer Datengrundlage entwickeln müssen.

- **KMU-Alltag erleichtern:** Flexible Arbeitszeitregelungen, weniger Bürokratie und vereinfachte Steuerregeln sollen den kleineren und mittelgrossen Unternehmen das Geschäften erleichtern.
- **Marktzugang sichern:** Das Netz an Freihandelsabkommen soll ausgebaut und die Bilateralen III sollen zügig abgeschlossen werden.
- **Produktivität statt Kopfzahl stärken:** Wir fördern Automatisierung, digitale öffentliche Infrastrukturen und Diffusion von Schlüsseltechnologien, damit die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde steigt und demografische Engpässe abgefedert werden.
- **In die berufliche und duale Ausbildung investieren:** In dieses bewährte Modell investieren, damit die Schweizer Arbeitskräfte Schritt mit den neusten beruflichen Entwicklungen und Veränderungen halten können, unabhängig vom Alter.

2. Generationengerechte Altersvorsorge

Wir leben gesünder und beziehen unsere Renten deutlich länger als frühere Generationen. Gleichzeitig zahlen immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Pensionierte in die AHV ein – und das über mehrere Jahre hinweg. Die Finanzierung der 13. AHV- Rente stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Zwar zeigen die aktualisierten Finanzperspektiven des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV), dass das Defizit im Jahr 2030 dank zusätzlicher Steuergelder geringer sein könnte, als befürchtet. Dennoch tut sich eine Lücke von etwa 1,9 Milliarden Franken auf. 2035 soll diese bereits 4,2 Milliarden betragen.

Damit die Altersvorsorge langfristig gesichert bleibt, sind Reformen unabdingbar. Das System muss so gestaltet sein, dass sie kommenden Generationen keine wachsenden Schulden aufbürdet. Einzahlungen und Leistungen sollen für alle ausgewogen bleiben.

Die GLP fordert deshalb:

- **PK-Flatrate:** Ältere Arbeitnehmende sollen für Arbeitgeber nicht teurer sein als jüngere. Deshalb müssen die Sparbeiträge in der Pensionskasse, die heute mit dem Alter steigen, zu einem einheitlichen Satz zusammengefasst werden. Auch fordern wir, dass die Jungen bereits ab 20 Alterssparbeiträge einzahlen, statt wie bisher ab 25. Um den Zugang zu Leistungen der beruflichen Vorsorge (BVG) auch für Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigte zu verbessern, muss der Koordinationsabzug abgeschafft werden.
- **Motivations-Bonus:** Wer länger arbeitet, soll profitieren – von höheren Renten, halbierten AHV-Beiträgen und halbierten Steuern auf die ersten 100'000 Franken Erwerbseinkommen ab dem Referenzalter. Bürokratische Hürden für eine Weiterbeschäftigung oder einen Wiedereinstieg nach einer Erwerbsarbeits-Pause müssen abgebaut werden. Damit es sich für die Unternehmen lohnt, Arbeitnehmende über das Referenzalter hinaus zu beschäftigen, soll für den Arbeitgeber der BVG-Anteil für diese Leute entfallen.

- **Renten-Airbag:** Wenn das System ins Schleudern gerät, müssen automatische Anpassungen beim BVG-Umwandlungssatz oder am AHV-Referenzalter einsetzen. Solche Sicherungen haben zwei Drittel der OECD-Länder bereits etabliert.
- **Generationenausgleich:** Die Lasten aus dem System sollen zwischen den Generationen fair verteilt werden, so dass keine Generation übermässig belastet wird.
- **Büezer:innen-Boni:** Wer jahrelang körperlich hart gearbeitet hat, soll weniger lang arbeiten müssen oder durch Umschulung entlastet werden.

3. Zukunftsfähiges Gesundheitssystem

Die Bevölkerung wird nicht nur älter, sondern lebt auch mit mehr chronischen Krankheiten und einem zunehmenden Pflegebedarf. Langzeitpflege und Altersbetreuung sowie psychische Erkrankungen nehmen deutlich zu.

Damit steigen die Anforderungen an ein Gesundheitswesen, das Qualität, Effizienz und Menschlichkeit verbindet. Der Mangel an Fachkräften in Pflege und Betreuung ist eine zentrale Herausforderung. Gleichzeitig steigen die Gesundheitskosten: Der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandprodukt liegt heute bei rund 12 Prozent, die Krankenkassenprämien sind in den letzten zwei Jahrzehnten stark gestiegen.

Damit die Gesundheitsversorgung auch in Zukunft bezahlbar und verlässlich bleibt, braucht es Reformen, die Prävention, Digitalisierung, Koordination und neue Versorgungsmodelle in den Mittelpunkt stellen. Ziel ist ein Gesundheitssystem, das wirksam, solidarisch und innovationsfreundlich ist und in dem Menschen, nicht Strukturen, im Zentrum stehen.

Die GLP fordert deshalb:

- **Gesund bleiben:** Das Vorbeugen und Verhindern von physischen und psychischen Erkrankungen muss mehr Gewicht erhalten. Körperliche Aktivitäten müssen gefördert werden. Ab 50 Jahren braucht es Anreize, sich Voruntersuchen zu unterziehen. Zudem sind frühzeitige Prävention und ein einfacher Zugang zu professioneller Unterstützung bei psychischen Erkrankungen in allen Altersgruppen notwendig. Dank solchen Investitionen in die Gesundheitsförderung sollen die Krankheitskosten sinken.
- **Gesundheitsregionen schaffen:** Die Spitalplanung muss künftig interkantonal koordiniert werden, mit nachrangigen Bundeskompetenzen.
- **Fachkräfteoffensive im Gesundheitswesen:** Es braucht attraktivere Arbeitsbedingungen, mehr Ausbildungsplätze, die Aufhebung des Numerus Clausus in Mängelberufen sowie einen Service Citoyen für junge Erwachsene, um genügend Fachkräfte im Gesundheitswesen zu erhalten.
- **Digitalisierung vorantreiben:** Es braucht dringend einheitliche Standards, Vereinfachungen in der Abrechnung und die konsequente Nutzung technologischer Möglichkeiten wie das elektronische Patientendossier, Telemedizin und digitale Apotheken. Das ermöglicht mehr Effizienz und eine bessere Koordination zwischen den Akteuren.
- **Qualität statt Quantität vergüten:** Gesundheitsdienstleister werden aktuell für Einzelleistungen (z.B. OP) vergütet, nicht für langfristige Verbesserungen der

Patientengesundheit. Das muss sich ändern – etwa durch bessere Koordination und stärkere Versorgungsnetzwerke.

- **Prämienvergünstigungen:** Damit die Kosten für einkommensschwache Personen tragbar bleiben, muss die Bürokratie bei Prämienverbilligungen abgeschafft werden. Es braucht eine Harmonisierung des Auszahlungssystems. Die Prämienvergünstigung muss zugleich bedarfsgerechter ausgestaltet werden. Arbeitspensen und steuerliche Abzüge sind angemessen zu berücksichtigen, um Fehlanreize zu vermeiden. Betreuungssituationen und weitere triftige Gründe müssen dabei selbstverständlich anerkannt werden.
- **Nationales Gesundheitsgesetz:** Weniger Flickenteppich, mehr Planungskompetenzen für den Bund, damit das System effizienter wird. Das spart nicht nur Kosten, es verbessert auch die Versorgungsqualität für die Bevölkerung.
- **Pflege im Alter neu denken:** Formen der zukünftigen Pflegeversorgung müssen hinterfragt werden. Eine obligatorische Pflegeversicherung mit verschiedenen Angebotsmodellen und einkommensabhängigen Beiträgen soll sicherstellen, dass alle für ihre spätere Betreuung vorsorgen und die Kosten gerecht verteilt bleiben.
- **Versorgungssicherheit fördern:** Jüngste Krisen zeigen: Die Medikamentenversorgung ist in der Schweiz nicht gesichert. Wegen des kleinen Markts ist eine Eigenproduktion kaum möglich. Deshalb ist mehr europäische Zusammenarbeit nötig, um Abhängigkeiten zu verringern.
- **Bewertung und Ausrichtung medizinischer Massnahmen:** Medizinische Massnahmen sind sorgfältig abzuwägen. Sie sollen dann erfolgen, wenn sie dazu beitragen, die Lebensqualität spürbar zu verbessern oder das Leben bei guter Qualität zu verlängern. Insbesondere am Lebensende ist sorgfältig zu prüfen, ob Eingriffe oder Behandlungen tatsächlich einen Nutzen für die Patientin oder den Patienten bringen und deren Wohlergehen im Mittelpunkt stehen. Die Bevölkerung muss stärker für das Thema Patientenverfügungen sensibilisiert werden.

4. Arbeitsmarkt, Familienpolitik und Zuwanderung gemeinsam denken

Heute weist die Schweiz eine der höchsten Erwerbsquoten aller OECD-Länder auf. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss weiter gestärkt werden. Familien sollen sich ohne Hürden für Kinder entscheiden und Betreuung und Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren können. Schulergänzende Betreuung und Teilzeitmodelle für alle Einwohner:innen auf allen Stufen sind für uns selbstverständlich.

Die GLP fordert deshalb:

- **Individualbesteuerung:** Die getrennte steuerliche Veranlagung von Ehepartnern schafft Anreize für eine höhere Erwerbstätigkeit von Zweitverdienenden. Dadurch wird das Potential von gegen 50'000 gut qualifizierten Vollzeitstellen freigesetzt.
- **«Rushhour des Lebens» erleichtern:** Es braucht bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere flexible Arbeitszeitmodelle und qualitativ hochwertige, aber bezahlbare und flächendeckende Kinderbetreuungsangebote.

- **Familienzeit gleichberechtigt gestalten:** Beide Elternteile sollen nach der Geburt eines Kindes gleich viel Zeit für die Betreuung des Neugeborenen erhalten. Eine paritätische Familienzeit stärkt die Gleichstellung, erleichtert den Wiedereinstieg und nutzt das inländische Arbeitskräftepotenzial besser aus.
- **Personenfreizügigkeit absichern:** Es ist für das Funktionieren unserer Gesellschaft und Wirtschaft unabdingbar, dass die Schweiz weiterhin am Freizügigkeitsabkommen mit EU und EFTA teilnimmt und diese mit den Bilateralen III absichert.
- **Integration fördern und fordern:** Es braucht Anreize für Migrant:innen und Unternehmen, damit sich Zugewanderte besser in den Arbeitsmarkt integrieren, Schulungen machen und Sprachkurse besuchen.
- **Bildungsinländer und international anerkannte Abschlüsse:** Wer in der Schweiz ausgebildet wird, soll auch einfacher hier arbeiten dürfen. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass im Ausland erworbene Berufs- und Studienabschlüsse hier nach Möglichkeit als gleichwertig anerkannt werden.
- **Arbeitsmarktnahe Aus- und Weiterbildung stärken:** Ausbildung soll möglichst arbeitsmarktnah sein. Die duale Berufsausbildung muss von allen beteiligten Partnern unterstützt und in der obligatorischen Schule aufgewertet werden. Der Zugang zu Weiterbildungen und lebenslangem Lernen muss möglichst einfach sein, um die Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten. Berufliche Umschulungen in Bereichen, in denen Personalmangel herrscht, müssen von den Arbeitsämtern und der Arbeitslosenversicherung aktiv gefördert und erleichtert werden.
- **Früherer Einstieg in den Arbeitsmarkt:** Durch die bessere Abstimmung von Ausbildungsabschlüssen, Dienstentritten und Studienbeginn / weiterführenden Bildungsangeboten werden ungewollte Leerlaufzeiten und Wartesemester vermieden. So können junge Menschen ohne Unterbruch ins Berufsleben starten.
- **Gesundheitsprobleme früh angehen:** Um Invalidität zu vermeiden und die Arbeitsmarktfähigkeit zu fördern, müssen gesundheitliche Probleme, gerade auch psychische Schwierigkeiten bei jungen Erwachsenen, unbedingt frühzeitig angegangen werden.

5. Flexible und nachhaltige Infrastruktur

In städtischen Gebieten steigt die Nachfrage nach Wohnraum, Verkehr und sozialen Infrastrukturen wie Kitas, während solche Angebote in ländlichen Regionen oft fehlen. Die alternde Bevölkerung benötigt zusätzlich altersgerechten Wohnraum. Damit die Infrastruktur mit diesen Veränderungen Schritt hält, braucht es zukunftsorientierte Planung und eine bessere Nutzung bestehender Ressourcen.

Veraltete Bauvorschriften und weitgehende Einsprachemöglichkeiten behindern flexible Umnutzungen und den Bau altersgerechter Wohnungen. Zudem ist unsere Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur nicht nur durch das Bevölkerungswachstum belastet, sondern auch durch eine ineffiziente Nutzung: Strassen und Schienen sind zu Spitzenzeiten überlastet, zu Randzeiten aber oft unausgelastet.

Die GLP fordert deshalb:

- **Infrastruktur effizient und zukunftsfähig gestalten:** Investitionen in die Infrastrukturen müssen gesichert sein, damit sie schritthalten mit den aktuellen demografischen Entwicklungen und dem Klimawandel. Zugleich gilt es, die Infrastruktur dank mehr Kostenwahrheit effizienter zu nutzen. Dazu gehört auch, regulatorische Vorgaben und Normen regelmässig zu überprüfen und zu vereinfachen, wo sie den effizienten und wirtschaftlichen Ausbau unnötig behindern. Zudem sollen digitale Lösungen verstärkt eingesetzt werden, um bestehende Kapazitäten intelligenter zu nutzen und den Bedarf an Neubauten zu reduzieren.
- **Entwicklungsbremsen lösen:** Gemeinden, Kantone und der Bund sind gefordert, bürokratische Hürden bei der Umnutzung von Gebäuden abzubauen, um beispielsweise Hotels in Pflegeheime oder Büros in Wohnungen umzuwandeln. Der Baubestand soll nicht unnötig geschützt werden, insbesondere der energetisch minderwertige aus den 70er Jahren. Das ermöglicht ein besseres und gesünderes Wiederaufbauen.
- **10-Minuten-Lebensort verwirklichen:** Die Vision des 10-Minuten-Lebensorts, von dem aus die Arbeit, die Bildung und die Versorgung in kurzer Distanz erreichbar sind, muss aktiv vorangetrieben werden. Sie reduziert den Ressourcenverbrauch und stärkt die Lebensqualität aller Generationen.
- **Bedarfsgerechtes Wohnen:** Immer mehr ältere Menschen leben in Wohnungen und Häusern, die für ihre Bedürfnisse zu gross sind, da passende und bezahlbare Alternativen fehlen. Die öffentliche Hand und private Partner sollen gemeinsam innovative Wohnangebote entwickeln, die Nachbarschaft, Selbstständigkeit und gegenseitige Unterstützung fördern. So entsteht in Städten und Agglomerationen zusätzlicher Wohnraum für Familien.
- **Mobilität fair und nachhaltig gestalten:** Ein umfassendes Mobility Pricing, bei dem Verkehrsnutzung verursachergerecht abgegolten wird, soll eingeführt werden. Gleichzeitig sind Ausgleichsmassnahmen für ländliche Regionen vorzusehen. Der Pendlerabzug soll schrittweise abgeschafft werden, während Homeoffice, geteilte Mobilitätsformen und klimafreundliche Verkehrsmittel gezielt gefördert werden.